

Staatsminister Herrmann muss Druck auf Bundesverkehrsminister erhöhen – Kein weiterer Verkauf schmutziger Diesel-Neuwagen

In einem Offenen Brief hat der Landesverband Bayern des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Staatsminister Joachim Herrmann aufgefordert, sich bei der Landesverkehrsministerkonferenz am kommenden Donnerstag (27.4.) in Hamburg und darüber hinaus für die Einhaltung der europäischen Stickstoffdioxid-Grenzwerte einzusetzen, um der schlechten Luft in Städten entgegenzuwirken. In 6 Städten in Bayern wurde im Jahr 2016 der gesetzliche Grenzwert für das gesundheitsschädliche Gas überschritten. Für den größten Teil der Stickoxid-Emissionen sind Autoabgase, insbesondere aus Dieselfahrzeugen, verantwortlich.

„Die dauerhafte Nichteinhaltung der seit 2010 verbindlich einzuhaltenen Stickstoffdioxid-Grenzwerte hat dazu geführt, dass die Europäische Union schnelle Lösungsmöglichkeiten einfordert“, sagte der BN-Vorsitzende Hubert Weiger. „Auf den hochbelasteten Städten wie München, Nürnberg, Augsburg oder Regensburg lastet ein enormer Druck diese Grenzwerte einzuhalten. Einige Städte sehen sich gezwungen als ‘letztes Mittel’ lokale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu erlassen, weil auch viele der moderne Euro-6-Diesel auf der Straße zu viele Stickoxide ausstoßen. Bundeseinheitliche Regelungen wie eine Blaue Plakette sind mehr als überfällig, dabei muss aber klar sein, dass nur Fahrzeuge diese bekommen, die nachweislich ihre Schadstoffgrenzwerte auch im Realbetrieb einhalten“, sagte Hubert Weiger.

Der Wirksamkeit der Einführung einer Blauen Plakette werde durch die aktuell vom Bundesverkehrsministerium tolerierte Praxis der Fahrzeughersteller torpediert, da auch neue Diesel-Pkw mit massiven Grenzwertüberschreitungen weiter für den Verkauf zugelassen werden.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 25.04.2017

PM 044-17, LFG

Verkehr

„Wir fordern ein unverzügliches Verkaufsverbot für die täglich mehr als 3500 Diesel-Neuwagen, die bundesweit zusätzlich auf unsere Straßen kommen, obwohl sie die gesetzlichen Stickoxid-Grenzwerte auf der Straße teils um das 14-fache überschreiten“, so der BN-Landesbeauftragte Richard Mergner.

Dass diese Fahrzeuge auch heute noch verkauft werden dürfen, ist nach Auffassung des BUND nicht vereinbar mit geltendem EU-Recht. „Wir sehen eine massive Verletzung der Aufsichtspflicht des Bundesverkehrsministeriums. Es darf nicht sein, dass die Autohersteller den Verbrauchern Tag für Tag neue Dieselfahrzeuge verkaufen, die unsere Luft noch auf Jahre erheblich belasten werden. Auch Staatsminister Herrmann muss sich zum Schutz der Gesundheit aller Menschen für ein Verkaufsverbot von dreckigen Diesel-Fahrzeugen einsetzen“, forderte Gernot Hartwig, Sprecher des Landesarbeitskreises Verkehr.

Aus dem Bericht der Untersuchungskommission „Volkswagen“ des Bundesverkehrsministeriums von April 2016 geht hervor, dass der Stickoxid-Ausstoß bei rund 86 Prozent der getesteten Euro-6-Dieselneufahrzeuge in der Realität den gesetzlichen Grenzwert von 80 mg/km überschritten. Das Bundesverkehrsministerium habe jedoch seit der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes keine Maßnahmen getroffen, um das „Weiter so“ der Hersteller zu unterbinden. Somit sind seit April 2016 bundesweit rund 1.290.000 Diesel-Neuwagen verkauft worden, die ihre gesetzlichen Anforderungen in der Realität nicht einhalten.

Für Rückfragen

Richard Mergner, BUND Naturschutz Landesbeauftragter
Tel. 0171-6394370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 25.04.2017

PM 044-17, LFG

Verkehr